

Gute Aussichten für Stellensuchende

Schweizer Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze

Der Schweizer Arbeitsmarkt scheint sowohl die Finanzkrise als auch den Franken-Schock überwunden zu haben. Die Auswirkungen der Stellenmeldepflicht sind jedoch unklar.

NICOLE RÜTTI

Der jüngste Aufschwung am Schweizer Arbeitsmarkt war zwar nicht fulminant. Die Bilanz für 2017 fällt gleichwohl durchwegs positiv aus. Erstmals seit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses hat sich die durchschnittliche jährliche Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr zurückgebildet – wenn auch geringfügig von 3,3% auf 3,2%. Doch der Effekt ist spürbar: So waren Ende 2017 bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) rund 13 000 Arbeitslose weniger registriert als Ende 2016. Seit einem Jahr sinkt die Arbeitslosigkeit in allen Alterskategorien, auch bei den 50-Jährigen und älteren Personen. Junge Stellensuchende haben bisher allerdings am meisten von der Erholung profitiert.

Die Arbeitslosenquote sinkt

Dass die Arbeitslosigkeit im Dezember im Vergleich zum Vormonat zunahm (von 3,1% auf 3,3%), war ausschliesslich saisonal bedingt. Wie Boris Zürcher vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) an einer Medienkonferenz ausführte, hätte sie ohne saisonalen Effekt deutlich abgenommen. Aufgrund der guten Konjunkturlage gehen die Experten des Seco davon aus, dass sich die Situation am Arbeitsmarkt weiter verbessern und die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr durchschnittlich 2,9% betragen wird.

Positiv wirkt sich die Erholung nicht zuletzt auch auf den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung aus. Dieser dürfte das laufende Jahr mit einem Überschuss von 423 Mio. Fr. abschliessen. Derzeit beläuft sich das Darlehen der Bundesresorerie für den Fonds noch auf 2,2 Mrd. Fr. Doch falls die positive Entwicklung anhält, dürfte die Arbeitslosenversicherung laut dem Seco ab 2020 erstmals seit beinahe 20 Jahren schuldenfrei sein. Die vorausseilenden Indikatoren (Adecco-Index, Befragung der Einkaufsmanager, Beschäftigungsaussichten)



Die gute Botschaft: Die Zahl der Arbeitslosen ist 2017 landesweit gesunken.

KARIN HÖFER / NZZ

stimmen auf jeden Fall zuversichtlich. Die hiesigen Unternehmen schaffen wieder vermehrt Arbeitsplätze.

Laut dem Personalberatungsunternehmen Michael Page ist die Zahl der ausgeschriebenen Stellen im Dezember gegenüber dem Vorjahr um über 25% gestiegen, wobei sämtliche Regionen ein starkes Wachstum vermelden konnten. Gemäss Berechnungen des Arbeitsmarktexperten George Sheldon hat ausserdem die Dauer der Arbeitslosigkeit weiter abgenommen.

Zehn Jahre nach der Finanzkrise präsentiert sich der Schweizer Arbeitsmarkt wieder in robuster Verfassung, erklärte Zürcher. Doch auch in der vorangegangenen schwierigen Situation hat er sich als ausgesprochen flexibel und aufnahmefähig erwiesen. Die Erwerbsbeteiligung ist in den zurückliegenden Jahren – vor allem aufgrund der verstärkten Integration von Frauen – kontinuierlich gestiegen, und Berufe mit hohen Quali-

fikationen (Führungsfunktionen, Techniker oder Akademiker) haben stark zugelegt. Im verarbeitenden Gewerbe sind zwar zwischen 2008 und 2017 beinahe 47 000 Voll- und Teilzeitstellen weggefallen. Die vielerorts befürchtete Deindustrialisierung hat allerdings nicht stattgefunden. Gleichzeitig sind dank dem Zuwachs im Gesundheits- und Sozialwesen und anderen staatsnahen Bereichen sowie in einigen privaten Dienstleistungszweigen in den zurückliegenden zehn Jahren 355 000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Arbeitgeber in der Pflicht

Bezüglich der Auswirkungen des «Inländervervorrang light» äusserten sich die Seco-Experten eher zurückhaltend. Man habe bisher keine Erfahrungen mit der Stellenmeldepflicht, weshalb die Wirkung nicht abschätzbar sei, erklärte Oliver Schärli vom Seco. Die Massnahme

sei allerdings eine Chance für Stellensuchende, weil sie dadurch einen Informationsvorsprung erhielten. Vor allem Personen mit geringen Qualifikationen könnten davon profitieren.

Wie Zürcher festhielt, wird der Erfolg der Massnahme massgeblich davon abhängen, ob Arbeitgeber die betroffenen Stellen auch tatsächlich den RAV melden werden. Die Stellenmeldepflicht für Berufsarten mit einer Arbeitslosenquote von 8% oder höher tritt im kommenden Juli in Kraft. Ab Anfang 2020 wird der Schwellenwert voraussichtlich 5% betragen. Die entsprechenden Stellen dürfen während fünf Arbeitstagen nicht ausgeschrieben werden. Am 23. Januar öffnet das Seco das Onlineportal «arbeit.swiss», auf dem die offenen Stellen publiziert werden. Es soll Unternehmen sowie auch privaten Arbeitsvermittlern die Möglichkeit bieten, nach geeigneten Kandidaten zu suchen.

«Reflexe», Seite 34

Weniger Arbeitslose im Euro-Raum

Ht. Brüssel · Europas wirtschaftlicher Aufschwung kommt zunehmend auch auf dem Arbeitsmarkt an. Im Euro-Raum ist die saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 8,8% im Oktober auf 8,7% im November gesunken. Dies sei der tiefste Wert seit Januar 2009, teilte das EU-Statistikamt Eurostat am Dienstag mit. Ein Jahr zuvor, im November 2016, hatte die Kennzahl noch 9,8% betragen. In der ganzen EU (EU-28) ging die Arbeitslosenquote von 7,4% im Oktober auf 7,3% im November zurück. Anzumerken ist, dass die Werte zwar deutlich unter den 2013 erreichten Höchstständen liegen, aber zugleich den um die Jahreswende 2007/08 bzw. in den ersten Monaten 2008 erreichten Tiefstand von 7,3% im Euro-Raum und 6,8% in der EU-28 noch immer übersteigen.

Die EU-weit tiefste Arbeitslosenquote verzeichnete im Berichtsmonat Tschechien mit 2,5%, vor Deutschland und Malta mit je 3,6%. Die höchsten Werte meldeten Griechenland mit 20,5% (September, keine neueren Daten verfügbar) und Spanien mit 16,7%. Doch selbst die griechische Lage hellt sich auf: Das Land erreichte, über ein Jahr betrachtet, den stärksten Rückgang aller EU-Staaten, nämlich von 23,2% im September 2016 auf die erwähnten 20,5%.

Die SNB beglückt die Kantone

Der Rekordgewinn erlaubt eine Ausschüttung von zwei Milliarden Franken

THOMAS FUSTER

Das ausgezeichnete Anlagejahr 2017 spiegelt sich auch im Jahresabschluss der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Die SNB profitierte nicht nur von den steilen Kursanstiegen an den weltweiten Aktienmärkten. Positiv zu Buche schlug auch die Abschwächung des Frankens vor allem gegenüber dem Euro, zumal die Devisenanlagen auf diese Weise zu höheren Frankenwerten verbucht werden konnten. Die beiden Entwicklungen sind massgeblich dafür verantwortlich, dass die SNB für 2017 laut provisorischen Berechnungen einen Rekordgewinn von 54 Mrd. Fr. ausweist.

Ein Ausnahmejahr

Für die öffentlichen Kassen ist das eine gute Nachricht. Gemäss der derzeitigen Vereinbarung zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement und der Nationalbank können der Bund und die Kantone für 2017 nicht nur mit einer ordentlichen Gewinnausschüttung von 1 Mrd. Fr. rechnen. Dank genügend hohen Reserven kann die SNB auch eine Zusatzausschüttung von nochmals 1 Mrd. Fr. tätigen. Von den insgesamt 2 Mrd. Fr. fliesst ein Drittel an den Bund und zwei Drittel an die Kantone. Im Vor-

jahr hatte die Ausschüttung noch leicht tiefer bei 1,7 Mrd. Fr. gelegen. Auch nach der Gewinnverteilung wird die Ausschüttungsreserve noch immer bei komfortabel hohen 67 Mrd. Fr. liegen.

Der weitaus grösste Teil des Jahresgewinns ist dem Gewinn auf Fremdwährungspositionen zuzuschreiben; er betrug 49 Mrd. Fr. Weil in diesem Ausnahmejahr neben den Aktien und dem

Ein Milliardengewinn, der nicht zählt

Kommentar auf Seite 11

Frankenkurs auch der Goldpreis das Ergebnis stützte, resultierte aus dem mengenmässig unveränderten Goldbestand ein Bewertungsgewinn von 3 Mrd. Fr. Ebenfalls einen positiven Beitrag, und zwar von 2 Mrd. Fr., lieferten die Franken-Positionen. Dies ist vor allem dem Negativzins zuzuschreiben, den die Geschäftsbanken seit rund drei Jahren für Girokonten bei der SNB zahlen müssen.

Dass die milliarden schwere Bilanz und die Gewinne der SNB die Phantasie von manchem Politiker beflügeln, ist in Bundesbern seit einigen Jahren zu beobachten. Auch am Dienstag fühlte sich die

SP Schweiz veranlasst, nicht nur einen neuen Mindestkurs in der Höhe von Fr. 1.25 pro Euro zu fordern. Als notwendig erachtet man auch die Errichtung eines Staatsfonds. Auf diese Weise würden die SNB-Milliarden der Bevölkerung zugutekommen, heisst es. An Ideen, wie das viele Geld ausgegeben werden könnte, herrscht kein Mangel: Genannt werden tiefere Krankenkassenprämien, eine Sanierung der AHV, Investitionen in den Werkplatz oder Mittel zuhanden erneuerbarer Energien.

Eigenartige Lesart

Die Sozialdemokraten bezeichnen es als lächerlich, dass der Bund und die Kantone von den insgesamt 54 Mrd. Fr. nur gerade 2 Mrd. Fr. erhielten «und der Rest in der Bilanz versickert». Das spiegelt aber eine etwas eigenartige Lesart der Dinge. So dürfte man gespannt sein auf die Reaktion der SP, wenn die SNB einen Grossteil ihres Buchgewinns auf Fremdwährungspositionen nicht «versickern» liesse, sondern über eine massive Reduktion der Devisenbestände realisieren würde. Eine solche Massnahme hätte zweifellos eine markante Erstarkeung des Frankens zur Folge, was die SP wohl mit lautem Aufschrei quittieren würde.

Finanzen, Seite 29

Die Angst der Steuersünder

Kantone melden Rekordzahlen bei Selbstanzeigen 2017

Das neue Jahr bringt eine Meldeflut in Steuersachen. Das wurde am Dienstag an einem Medienseminar der Eidgenössischen Steuerverwaltung deutlich. Die Schweiz wird Ende September nämlich erstmals Daten zu hiesigen Bankkonten von Steuerpflichtigen aus den EU-Staaten und einigen anderen Ländern an die Partnerstaaten liefern. Im Gegenzug erhält Bern von den Partnerländern Informationen über Bankkonten von Schweizer Steuerpflichtigen im Ausland. Ab 2019 weitet Bern diesen automatischen Informationsaustausch (AIA) auf einige Dutzend andere Staaten wie Russland, China und Brasilien aus, so dass die Schweiz bald rund 80 AIA-Partner haben dürfte.

Einmal pro Jahr wird die Schweiz voraussichtlich Millionen von Datensätzen dem Ausland zur Verfügung stellen. Nebst Konten bei hiesigen Finanzinstituten sind auch gewisse Versicherungsverträge betroffen. Gemeldet werden unter anderem der Name des Finanzinstituts, Kontonummer, Kontostand per Ende Vorjahr sowie Erträge aus Zinsen, Dividenden und Verkaufserlösen. Nicht Gegenstand des AIA sind Immobilien.

Der Datenfluss vom Ausland in die Schweiz dürfte deutlich geringer sein, doch auch Steuerpflichtige in der Schweiz fühlen sich unter Druck. Die Zahl der Selbstanzeigen in den Kantonen war schon 2016 deutlich gestiegen, und 2017 brachte nochmals einen starken Anstieg. Der Kanton Zürich meldet, dass sich die Zahl der Selbstanzeigen 2017 fast verdreifacht hat – auf 6150. Der Aargau und die beiden Basel verzeichnen ebenfalls deutliche Zunahmen an Selbstanzeigen. Die gleiche Tendenz gibt es auch im Kanton Bern, wie eine Anfrage am Dienstag zeigt. Einen Rekord an Selbstanzeigen verzeichnet dem Vernehmen nach auch das Tessin. Besonders stark ist der Anstieg im Kanton Genf: 2017 meldeten sich laut der kantonalen Finanzdirektion rund 10 800 Steuerstünder freiwillig – fast viermal so viele wie ein Jahr zuvor.

35 000 Selbstanzeigen?

Rechnet man die bisherigen Angaben der Kantone auf die Gesamtschweiz hoch, ergäbe dies grob geschätzt eine Grössenordnung von 35 000 Selbstanzeigen für 2017 – zwei- bis dreimal so viele wie im Vorjahr und mehr als viermal so viele wie 2015. 2017 dürfte es sich allerdings vermehrt um kleinere Fälle gehandelt haben.

Die Wirkung des AIA beruht wohl mehr auf der Drohkulisse der Datenflut als auf der konkreten Verwendung der Daten. Nach bisherigem Kenntnisstand der Eidgenössischen Steuerverwaltung sehen die Kantone keinen automatischen Abgleich der AIA-Daten mit den Angaben auf den hiesigen Steuererklärungen vor. Allerdings soll zum Teil Software zur Anwendung gelangen, die den kantonalen Behörden bei der Prüfung der Unterlagen von Steuerpflichtigen einen Hinweis gibt, dass AIA-Daten vorhanden sind. Die Möglichkeit einer straflosen Selbstanzeige im Zusammenhang mit AIA-Daten endet in der Lesart der Bundesbehörden Ende September 2017. Gewisse Kantone – unter anderem Zürich – sind allerdings etwas weniger streng.

Auch Firmen betroffen

2018 ist auch ein wichtiges Stichjahr für die Steuertransparenz von Unternehmen. So müssen etwa 250 grosse multinationale Unternehmen mit Sitz in der Schweiz erstmals für Länder, in denen Firmenteile steuerpflichtig sind, länderspezifische Angaben über Umsätze, Gewinne, Gewinnsteuern und Anzahl Mitarbeiter liefern. Zudem gibt es neu auch internationale Meldepflichten in Sachen behördliche Steuervorbescheide («Rulings»), die Anfang 2018 noch in Kraft sind. Im Vorfeld des jüngsten Jahreswechsels ist die Zahl der offiziellen Rulings in der Schweiz laut Beobachtern deutlich geschrumpft.